

Die Oberbadische

Basel

Vom Königsweg zur Sackgasse?

Die Oberbadische, 06.09.2018 16:42 Uhr



SVP-Nationalrat Roger Köppel (ganz links) stellte sich als einziger in der Runde gegen ein Rahmenabkommen mit der EU. Er warnte vor einem Souveränitätsverlust der Alpenrepublik.

Foto: Die Oberbadische

Die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union lassen sich mit einer Zweckehe vergleichen: Die Partner lieben sich nicht, man braucht aber einander. Das Miteinander regeln die sogenannten Bilateralen Verträge. Ohne ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU würden die Verträge aber erodieren, wie Metrobasel-Direktorin Regula Ruetz im Rahmen des Sommeranlasses 2018 sagte.

Von Michael Werndorff

Basel. Sichtlich groß war das Interesse an der Veranstaltung, die unter dem Titel „Erfolgreiche Bilaterale EU-CH nur mit Rahmenabkommen?“ am Mittwochabend im Basler Großratssaal stattfand. Vertreter aus Wirtschaft und Politik thematisierten unter den Augen der Öffentlichkeit die Herausforderungen, welche bei den Verhandlungen mit Brüssel zu meistern sind, und welche Folgen der Abschluss eines Rahmenvertrags, sollte er denn kommen, (siehe unteren Text) haben wird.

Auf Wunsch der EU wird bereits seit vier Jahren über das Rahmenabkommen verhandelt, das für bestehende und potenziell neue Marktzugangsverträge zur EU ein institutionelles Dach bilden soll. Vor dem Hintergrund einer sich weiterentwickelnden Gesetzeslage in der EU ist der Zweck des

Rahmenabkommens, die fortlaufende Regelung und Anpassung sowie die einheitliche Auslegung von Abkommen sicherzustellen. Das liege im Interesse der exportorientierten Schweizer Wirtschaft, erklärte Ruetz. „Die Bilateralen, die unter anderem die Personenfreizügigkeit regeln, sichern unseren Wohlstand.“ Allerdings gebe es in der Schweiz eine unheilige Allianz von rechts und links außen, verwies sie auf die blockierende Haltung von SVP und Gewerkschaften.

SVP hat schon ein Referendum angekündigt

Während die SVP bereits ankündigte, das Referendum zu ergreifen, sehen die Gewerkschaften die Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der flankierenden Maßnahmen in Gefahr. Diese dürften laut Christoph Brutschin (SP), Vorsteher des Basler Wirtschafts- und Sozialdepartements, aber nicht zur Disposition gestellt werden. Die EU sieht das aber anders, weshalb noch keine Einigung gefunden wurde.

Unterstützung erfuhr die Thinktank-Chefin von Monika Rühl, Vorsitzende von Economiesuisse: „Die Schweizer Erfolgsfaktoren können nur dank der vertraglich gesicherten Vernetzung mit der EU und der Welt zum Tragen kommen und Wohlstand erzeugen. Die Bilateralen haben der Schweiz einen enormen Wachstumsschub verpasst, von dem das Land heute noch profitiert.“ Nun gehe es darum, den Zugang zum EU-Markt mit seinen 500 Millionen Konsumenten weiterhin zu sichern.

Andreas Schwab, Europaparlamentabgeordneter, erklärte, dass sich die Schweiz entscheiden müsse, ob sie diesen Wohlstand wolle oder nicht. Aus Sicht der EU sagte er, dass sich diese als eine Rechtsgemeinschaft verstehe. „Wir müssen schauen, dass sich alle, die mit der EU eng zusammenarbeiten, an die Gesetze halten.“ Deutlich kritisierte der Abgeordnete das Taktieren der Schweizer Politik bei den mittlerweile ins Stocken geratenen Verhandlungen.

Gegen das Abkommen sprach sich SVP-Nationalrat Roger Köppel aus. Der Verleger und Chefredakteur der Weltwoche stellte die Frage in den Raum, wer in der Schweiz letztlich die Gesetze mache. „Wir? Der Bürger gemäß Verfassung, oder machen wir das, was die EU von uns verlangt? Nämlich wesentliche Teile der Gesetzgebung zu importieren.“ Laut Köppel sei es gegen die Landesgeschichte, die Verfassung und gegen die Meinung einer Mehrheit der Bevölkerung, wenn die Souveränität nach Brüssel abgegeben werde. In seinen Augen handele es sich hierbei um Kolonialverträge, spitzte der SVP-Politiker seine Aussagen zu, für die er lediglich von einer Person im Saal Beifall erhielt. „Der Rahmenvertrag ist das Ende des bilateralen Wegs, weil aus einer gleichberechtigten Beziehung ein Unterstellungsverhältnis wird.“

Nach der Stimmung im Volk gefragt, erwiderte Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, dass sie die EU-Skepsis und Ängste um einen

Souveränitätsverlust nachvollziehen könne. Der Grund liege aber in der Politik, die es in den vergangenen Jahren versäumt habe, das Thema aufzugreifen. Das politische und gesellschaftliche Klima sei mittlerweile vergiftet. „Wenn wir aber dem Volk klarmachen, dass der bilaterale Weg ohne Abschluss eines Rahmenabkommens am Ende ist, dann können wir es packen“, zeigte sich die Präsidentin der Außenpolitischen Kommission des Nationalrats dennoch optimistisch.

Von Seiten der Wirtschaft betonte Matthias Leuenberger, Länderpräsident Novartis Schweiz, die Wichtigkeit des freien Marktzugangs ohne technische Handelshemmnisse. Mit dem Freihandelsabkommen von 1972, das Köppl als ausreichend anführte, seien Fragen rund um das Thema Zölle geregelt, doch um die gehe es schon lange nicht mehr, stellte Leuenberger klar.

Wie Schwab betonte, gebe es auf beiden Seiten ein großes Interesse, eng zusammenzuarbeiten. Da dürfe man nicht glauben, was einzelne denken. Die Souveränität der Schweiz sei jedenfalls nicht in Gefahr.